

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung.....</b>	11
<b>B. Begriff, Bedeutung und Erscheinungsformen.....</b>	15
I. Ursprung des Begriffs „Körperschaft des öffentlichen Rechts“.....	15
II. Heutiges verwaltungsrechtliches Begriffsverständnis und die Bedeutung des Körperschaftsstatus .....	17
<b>C. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts.....</b>	23
I. Die Problematik.....	23
II. Auslegung und Bedeutung des Art. 140 GG/Art. 137 V WRV .....	25
III. Ergebnis .....	30
<b>D. Die Entstehung von Körperschaften des öffentlichen Rechts .....</b>	33
I. Tatsächliche Entstehungsgründe.....	33
II. Die Entstehung von Körperschaften des öffentlichen Rechts im verwaltungsrechtlichen Sinn.....	33
1. Grundsätze für die Entstehung von Körperschaften des öffentlichen Rechts im verwaltungsrechtlichen Sinn .....	33
a. Allgm. organisationsrechtliche Grundsätze der Entstehung .....	33
aa. Begriff der Organisationsgewalt .....	33
bb. Verteilung der Organisationsgewalt zwischen Legislative und Exekutive .....	34
cc. Verteilung der Organisationsgewalt zwischen Bund und Ländern ..	38
b. Ergebnis .....	42
2. Materielle verfassungsrechtliche Grenzen der Organisationsgewalt bei der Schaffung neuer Körperschaften des öffentlichen Rechts .....	43
III. Die Entstehung der Religionskörperschaften.....	44
1. Die Entstehung von Religionskörperschaften durch die Verleihung des Körperschaftsstatus an Religions- bzw. Weltanschauungsgemein- schaften gem. Art. 140 GG/Art. 137 V 2, VII WRV .....	44
a) Grundsätze des Entstehung .....	44
b) Die Vorteile des Körperschaftsstatus.....	47
c) Die Verleihungsvoraussetzungen.....	48
aa) Die geschriebenen Voraussetzungen .....	49
(1) Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft .....	49
(2) Antrag .....	51
(3) Gewähr der Dauer .....	52
(a) Durch die Verfassung .....	52
(b) Durch die Mitgliederzahl.....	55

(c) Ausnahmen hinsichtlich des Nachweises dieser Voraussetzungen für die Muslime .....	57
(aa) Die Organisationsprobleme der muslimischen Vereinigungen .....	57
(bb) Genügt der Hinweis auf die große Anzahl muslimischer Bürger in der Bundesrepublik? .....	59
(cc) Folgt ein Anspruch auf Ausnahmen aus Art. 4 I, II GG, Art. 140 GG/Art. 137 III WRV? .....	61
(dd) Sind Ausnahmen zur Erhaltung der Legitimität des Staatskirchenrechts erforderlich? .....	63
(ee) Besteht eine „Notzuständigkeit“ des Staates für die Binnenorganisation antragstellender muslimischer Vereinigungen? .....	65
(ff) Ergebnis .....	65
bb) Ungeschriebene Voraussetzungen .....	66
(1) Rechtstreue .....	66
(a) Herleitung und allgemeine Grundsätze dieses Erfordernisses .....	66
(b) Anforderungen an die Rechtstreue in einzelnen .....	68
(2) Gebot einer demokratischen Binnenstruktur .....	74
(3) Staatsloyalität .....	76
(3) Bereitschaft und Fähigkeit zur Ausübung der Hoheitsbefugnisse ..	85
(4) Zusammenfassung .....	86
d) Rechtsfolgen bei Erfüllung der Verleihungsvoraussetzungen .....	86
e) Form, Verfahren und Wirkung der Verleihung .....	88
2. Entstehung von Religionskörperschaften gemäß Art. 140 GG/Art. 137 V 3 WRV .....	90
a. Behandlung der Problematik in der staatskirchenrechtlichen Literatur .....	91
aa. Art. 140 GG/Art. 137 V 3 WRV als Ausnahmeregelung .....	91
bb. Erfordernis staatlicher Mitwirkung .....	92
b. Stellungnahme .....	92
c. Ergebnis .....	94
<b>E. Der Untergang von Körperschaften des öffentlichen Rechts .....</b>	<b>95</b>
I. Tatsächliche Untergangsgründe .....	95
II. Der Untergang der Körperschaften des öffentlichen Rechts im verwaltungsrechtlichen Sinn .....	96
1. Allgemeine Grundsätze des Untergangs .....	96
a. Organisationsrechtliche Grundsätze .....	96
aa. Gesetzesvorbehalt .....	96
bb. Verteilung der Verbandskompetenz .....	97
b. Ergebnis .....	98

2. Materielle verfassungsrechtliche Grenzen der Organisationsgewalt	99
bei der Aufhebung öffentlich-rechtlicher Körperschaften .....	99
III. Der Untergang der Religionskörperschaften.....	101
1. Keine verfassungsrechtliche Regelung des Verlusts.....	101
2. Ansätze zur Grundlegung einer Dogmatik für den Verlust des Körperschaftsstatus .....	102
3. Übertragung der Überlegungen auf die einzelnen denkbaren Verlustgründe .....	108
a) Verlust entsprechend dem Willen einer Gemeinschaft.....	108
aa) Selbstauflösung .....	108
bb) Verlegung des Sitzes ins Ausland .....	110
cc) Fusion mehrerer korporierter Gemeinschaften .....	111
dd) Aufspaltung einer korporierten Gemeinschaft.....	112
ee) Wegfall aller Mitglieder durch Austritt, Tod oder aus sonstigen Gründen .....	113
ff) Jahrelange Untätigkeit.....	117
gg) Verzicht.....	119
b) Verlust gegen den Willen der Gemeinschaft .....	120
aa) Erschlichene Verleihung und Verleihung aufgrund falscher Angaben .....	124
bb) Wegfall der Verleihungsvoraussetzungen.....	126
cc) Verbot und Entziehung der Körperschaftsrechte aufgrund fehlender Rechtstreue .....	127
(1) Die Anwendbarkeit von Art. 9 II GG auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.....	128
(2) Erforderlichkeit einer einfachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage .....	133
dd) Insolvenz als Verlustgrund .....	137
4. Ergebnis.....	138
<b>F. Rechtsfolgen des Untergangs .....</b>	<b>139</b>
I. Grundsätze .....	139
1. Beendigung der juristischen Person und Ende der Rechtsfähigkeit.....	139
2. Anfall des Vermögens an den übergeordneten Träger .....	139
3. Fortgeltung der Rechtsakte .....	140
a) Verwaltungsakte .....	140
b) Rechtsnormen .....	140
4. Übernahme der Beamten.....	141
a) Gesetzlich geregelte Fälle .....	141
b) Gesetzlich nicht geregelte Fälle .....	143
II. Besonderheiten bei den Religionskörperschaften .....	143

<b>G. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>147</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>153</b>